

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Januar 2014

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 18.35 Uhr

Anwesend waren:

a) Bürgermeister Dr. Linkens als Vorsitzender
(stimmberechtigt gem. § 57 Abs. 3 GO NRW)

b) Stimmberechtigte Mitglieder:

Beckers, Rolf
Bockmühl, Gabriele
Burghardt, Jürgen
Feldeisen, Willi
für Dederichs, Norbert
Koch, Franz-Josef
für Geller, Herbert
Lankow, Wolfgang
Mandelartz, Alfred
Menke, Wilfried

Baumann, Marita
für Mohr, Bruno
Mohr, Christoph
Puhl, Mathias
Reiprich, Hans-Dieter
Scheen, Wolfgang
Mürkens, Franz-Josef
für Schmitz, Hendrik
Zantis, Jürgen

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
Beigeordneter Brunner
StVR Derichs
StVR Jansen
StAR'in Wetzel als Schriftführerin

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 07.01.2014 auf Dienstag, 14.01.2014, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung in den Sitzungssaal des Rathauses Setterich, An der Burg 3, 52499 Baesweiler, einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

Tagesordnung**A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.12.2013
2. Wahl der Mitglieder des Umlegungsausschusses;
hier: Bestellung eines neuen Vorsitzenden
3. Erstellung eines Demografieberichtes zur Personalentwicklung der Stadtverwaltung Baesweiler;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 01.01.2014
4. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2014
5. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2014
6. Beteiligungsbericht 2014
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung**1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.12.2013**

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.12.2013 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**2. Wahl der Mitglieder des Umlegungsausschusses;
hier: Bestellung eines neuen Vorsitzenden**

In der Sitzung des Stadtrates am 25.09.2009 (TOP 11) hat der Rat der Stadt Baesweiler den Dezernenten der StädteRegion Aachen, Herrn Gregor Jansen, zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Baesweiler bestellt. Herr Jansen hat zwischenzeitlich auf den Vorsitz verzichtet. Deshalb ist die Position des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses neu zu besetzen.

Der Vorsitzende muss die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.

Es wird vorgeschlagen Herrn Itd. Kreisrechtsdirektor Josef Nießen, Dezernent beim Kreis Heinsberg, zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses zu bestellen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor, Herrn Itd. Kreisrechtsdirektor Josef Nießen zum Nachfolger von Herrn Gregor Jansen als Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Baesweiler zu bestellen.

**3. Erstellung eines Demografieberichtes zur Personalentwicklung der Stadtverwaltung Baesweiler;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 01.01.2014**

Die SPD Fraktion beauftragt die Verwaltung mit dem der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Schreiben vom 01.01.2014, einen Bericht über die demografische Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Baesweiler zu erstellen.

Im Hinblick auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft soll sich die Verwaltung mit den diesbezüglichen Auswirkungen auf die Personalstruktur auseinandersetzen.

Die Personalabteilung wird einen entsprechenden Bericht erarbeiten und dem Rat zur Kenntnis bringen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Bockmühl erläuterte den Antrag auf Erstellung eines Demografieberichtes zur Personalentwicklung der Stadtverwaltung Baesweiler. Sie betonte insbesondere, dass sich mit dem Wandel der Gesellschaft auch die Struktur der Mitarbeiter verändere. Auch veränderten sich die Anforderungen an das Personal. Es gebe sicherlich Bereiche, die in Zukunft einen größeren Personalaufwand erforderten und andere, in denen der Personalbedarf sinken werde. In diesem Zusammenhang müsse auch die Ausbildungssituation den Veränderungen angepasst werden. Frau Bockmühl dankte der Verwaltung, dass sie den Antrag aufgreife und einen Bericht erarbeiten werde.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte klar, dass der Bericht der Verwaltung auf die Altersstruktur bei den Beamten, den tariflich Beschäftigten, den Mitarbeitern im Baubetriebssamt sowie auf die Zahl der Auszubildenden eingehen werde. Der Bericht enthalte aber keine Zahlen darüber, wie viele Mitarbeiter in welchem Amt eingesetzt seien. Dies sei ureigene Personalkompetenz des Bürgermeisters. Der Bedarf an Mitarbeitern in den einzelnen Ämtern werde vom Haupt- und Personalamt in Zusammenarbeit mit den Dezernenten und den zuständigen Amtsleitern ermittelt.

SPD-Fraktionsvorsitzende Bockmühl betonte nochmals, dass die demografische Entwicklung Grundlage sein müsse für die Personalplanungen. Insbesondere müsse betrachtet werden, wie zukünftig bedarfsgerecht ausgebildet werden könne.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, einen Bericht über die demografische Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Baesweiler zu erstellen.

4. **Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2014**

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2014 liegt nach öffentlicher Bekanntmachung am 11.12.2013 in der Zeit vom 11.12.2013 bis einschließlich 10.01.2014 öffentlich aus. **Bis einschließlich 10.01.2014** können Einwohner oder Abgabepflichtige Einwendungen gegen diesen Entwurf erheben.

Es wurden keine Einwendungen erhoben.

Eine Beratung entfiel deshalb.

5. **Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit –plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2014**

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das Jahr 2014 ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 10.12.2013 zugeleitet worden.

Gegenüber dem Entwurf ergeben sich nur noch wenige Änderungen, die im Folgenden erläutert werden:

1. Ergebnisplan:

Bei den Erträgen ergeben sich keine Änderungen. Die veranschlagten Erträge liegen unverändert bei 52.285.789 €.

Die Aufwendungen erhöhen sich aus nachfolgend genannten Gründen von bislang 52.397.450 € um 31.500 € auf 52.428.950 €:

Der Ansatz für Unterhaltungsaufwendungen bei Produkt 13-01-01 (Parkanlagen, Förderung des Stadtgrüns) wird um 20.000 € auf 153.500 € erhöht. Grund hierfür ist, dass erforderliche Pflegearbeiten – z.B. Baumscheiben - ausgeschrieben und vergeben werden müssen.

Ebenfalls erhöht wurde der Ansatz für Unterhaltungsaufwendungen bei Produkt 14-01-01 (Umweltschutzmaßnahmen, Ausgleich- und Ersatzpflanzungen) um 11.500 €, da in 2013 vorgesehene und nicht durchgeführte Ausgleichspflanzungen in 2014 nachgeholt werden sollen.

Es ergibt sich ein neuer Fehlbetrag im Ergebnisplan von 143.161 €.

Die vorstehend erläuterten Planansatzveränderungen sind in der der Originalniederschrift beigefügten Anlage 2 dargestellt.

2. Finanzplan:

Bei den ebenfalls in Anlage 2 der Originalniederschrift aufgeführten Anpassungen im Finanzplan handelt es sich fast ausschließlich um Nachveranschlagungen von Investitionen, die in 2013 zwar geplant, aber entweder noch nicht begonnen wurden, nicht fertig gestellt werden konnten bzw. für die noch nicht alle Schlussrechnungen bis zum 31.12.2013 vorlagen.

Erhöht wurde der Ansatz bei Produkt 06-01-02 (Bereitstellung von Kinderspielplätzen), da neben der Sanierung des Spielplatzes auch Anpassungsarbeiten im Bereich des Volksparkes anfallen (insgesamt +110.000 €).

Erhöht wurde daneben auch der Ansatz für die Sanierung der Turnhalle „Am Weiher“ bei Produkt 01-11-04 (Schulgebäude einschließlich Turnhallen) um 40.000 € aufgrund aktueller Kostenberechnungen.

Der Gesamtbetrag der Nachveranschlagungen für Investitionsmaßnahmen beläuft sich auf 1.259.500 €. Die diesbezüglich erwarteten Zuschüsse belaufen sich auf 162.360 €.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme in 2014 für Investitionen möglich ist, wurde im Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 mit 390.770 € festgesetzt. Er erhöht sich durch die vorgenannten Maßnahmen um 1.097.140 € auf 1.487.910 €. Da es sich bei den Maßnahmen fast ausschließlich um Nachveranschlagungen handelt, bedeutet dies, dass die entsprechende Kreditermächtigung für das Jahr 2013 in der Höhe nicht ausgeschöpft wurde.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, bleibt unverändert bei 1.750.000 €.

Die im Jahr 2013 vorgesehenen Instandsetzungsmaßnahmen konnten aus zeitlichen Gründen nicht alle durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, für folgende Maßnahmen im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 Rückstellungen zu bilden:

- Heizwerk Barbaraschule	50.000 €
- Sanierung Heizung Grengrechtschule	210.000 €
- Brandschutzmaßnahmen ITS	100.000 €
- Sanierung Heizungsverteilung Friedensschule	24.000 €
- Mängelbeseitigung Turnhalle Wolfsgasse	50.000 €

Durch die Bildung der Rückstellung für unterbliebene Instandsetzungsmaßnahmen wird der Aufwand – wie auch ursprünglich veranschlagt – dem Jahr 2013 zugerechnet. Die Auszahlungen werden aber 2014 fällig und sind somit im Finanzplan im Rahmen der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Der Kreditbedarf 2014 ändert sich hierdurch nicht.

Ein neuer Entwurf der Haushaltssatzung, der die vorgenannten Änderungen berücksichtigt, ist der Originalniederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte die Verwaltungsvorlage. Er stellte fest, dass der Haushalt zwar ein Defizit aufweise, insgesamt aber als positiv betrachtet werden könne. Im Vergleich zu anderen Städten falle das Defizit mit 143.161,00 € relativ gering aus. Die Verwaltung werde alles daran setzen, dieses Defizit nicht höher werden zu lassen, sondern eher geringer ausfallen zu lassen.

Erfreulich sei auch, dass der Jahresabschluss 2012 in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden könne. Damit sei auch die Voraussetzung geschaffen, den Haushalt 2014 beschließen zu können.

CDU-Fraktionsvorsitzender Puhl erklärte Zustimmung seiner Fraktion zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

SPD-Fraktionsvorsitzende Bockmühl erklärte, dass ihre Fraktion Zeit für die Haushaltsplanberatungen nutzen werde und sich deshalb bei der heutigen Abstimmung enthalten werde.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellte für seine Fraktion vier Änderungsanträge zum vorgelegten Haushalt.

1. Vertreter des Jugend- und Sozialausschusses hätten sich Mitte Dezember die Unterkünfte „Am Bauhof“ 2 – 6 und Peterstraße 190 – 196 angesehen. Während der Zustand der Gebäude „Am Bauhof“ relativ zufriedenstellend gewesen sei, sei dies nach Ansicht seiner Fraktion in der Peterstraße nicht der Fall. Auch seien hier in 2014 keine Mittel vorgesehen. Zur Erhaltung der Bausubstanz und Verbesserung der Unterkünfte selbst schlage die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen deshalb einen Ansatz von 40.000,00 € für Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen vor.
2. Zu Beginn der Projektes „Soziale Stadt“ sei die Anschaffung eines Kinder- und Jugendmobils in Aussicht gestellt worden. Über dieses Projekt hinaus sehe die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Bedarf, neue Impulse in der Kinder- und Jugendarbeit zu setzen. In 2013 sei das Jugendamt der Stadt Herzogenrath eingeladen worden, um das dort eingesetzte Jugendmobil vorzustellen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantrage, 20.000,00 € für die Anschaffung eines Kinder- und Jugendmobils im Haushalt einzuplanen. Damit verbunden sei der Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob hierfür aus dem Projekt „Soziale Stadt“ Fördermittel gewährt werden könnten.
3. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe sich in den letzten Jahren in der Radverkehrsförderung nicht viel getan. Notwendige Anschaffungen seien unterblieben. Man halte es jedoch für erforderlich, dass die Verwaltung mit einem guten Beispiel vorangehe und an den städtischen Gebäuden am Rathaus Baesweiler, am Rathaus Setterich sowie an its Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden. Für die Anschaffung von Radverkehrsanlagen zum Abstellen von Fahrrädern beantrage die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, einen Betrag von 20.000,00 € in den Haushalt einzustellen.
4. Des Weiteren beantrage Herr Beckers für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, die Verfügungsmittel für den Integrationsrat gebündelt im Produkt 010101 auf einem separaten Sachkonto darzustellen. Diese Maßnahme sei kostenneutral, da die Mittel bei verschiedenen Positionen im Haushalt ohnehin veranschlagt seien.

Zur Anschaffung eines Kinder- und Jugendmobils erklärte Bürgermeister Dr. Linkens, dass dieses außerhalb des Projektes „Soziale Stadt“ nicht förderfähig sei. Zu bedenken seien auch die damit verbundenen Folgekosten für beispielsweise den Einsatz von Personal. Auch müsse die Nachfrage nach einem solchen Angebot hinterfragt werden. Auf Grund der von der Stadt nicht selbst verursachten angespannten Finanzlage gebe es keine Spielräume für den Einsatz zusätzlicher freiwilliger Mittel. Auch der Jugend- und Sozialausschuss habe die Möglichkeit der Anschaffung eines solchen Jugendmobils nicht gesehen.

Zu dem dritten Antrag erläuterte Bürgermeister Dr. Linkens, dass die Anschaffung von Fahrradständern auch über bauliche Unterhaltungskosten möglich sei. Dies werde mit dem zuständigen Hochbauamt erörtert.

Zu einem gebündelten Haushaltsansatz für den Integrationsrat verwies Bürgermeister Dr. Linkens auf die Gesetzesänderung in der Gemeindeordnung hinsichtlich des Integrationsrates, die unter anderem auch die Finanzausstattung betreffe. In seiner nächsten Wahlperiode werde sich der Integrationsrat damit befassen. Er gab aller-

dings zu bedenken, dass die Stadt bereits jetzt über den Sozial- und Jugendetat sowie über den Kulturetat wesentlich mehr an Mitteln zur Verfügung stelle als seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt worden seien. Mit der Einrichtung einer eigenen Position erweise man sich seiner Meinung nach einen "Bärendienst".

Zum Zustand der Unterkünfte in der Peterstraße betonte Beigeordneter Brunner, dass dort aktuell noch Baumaßnahmen stattfänden. Bei der Begehung im Dezember habe nur ein „Zwischenstand“ betrachtet werden können. Der Ausbau der Bäder müsse teilweise noch erfolgen. Des Weiteren werde die Fassade durch den Einbau neuer Fenster verbessert. Das Gebäude Peterstraße 190, das im Dezember nicht begangen wurde, werde derzeit noch erheblich instand gesetzt. Nach seinem Kenntnisstand seien zusätzlich zu den Maßnahmen des Baubetriebsamtes Aufträge an Fremdfirmen erteilt worden, die mehrere 10.000,00 € ausmachten.

Kämmerer Jansen ergänzte, dass im Jahr 2013 ursprünglich 50.000,00 € für den Abbruch eines Hauses in der Peterstraße in den Haushalt eingestellt worden seien. Wegen steigender Asylbewerberzahlen sei aber von dem Abbruch abgesehen worden und stattdessen seien diese Mittel in die Instandsetzung der Gebäude geflossen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass alle Ausgabepositionen im Baubereich untereinander deckungsfähig seien. So seien für Unterhaltungsmaßnahmen insgesamt 550.000,00 € und für Instandsetzungsarbeiten sogar 700.000,00 € in den Haushalt eingestellt. Diese Mittel seien ausreichend, um auch die Peterstraße in einen zufriedenstellenden Zustand zu bringen.

CDU-Ratsmitglied Scheen betonte, dass sich die an der Besichtigungsfahrt teilnehmenden Vertreter aus allen Fraktionen vom menschenwürdigen Zustand der Gebäude in der Peterstraße hätten überzeugen können. Auch die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe seinerzeit keine Einwände geäußert.

Hinsichtlich der Bündelung von Mitteln für den Integrationsrat in einer Haushaltsposition vertrete die CDU-Fraktion nach wie vor die Meinung, dass hier keine Änderung erforderlich sei.

Zum Thema mobile Jugendarbeit verwies Herr Scheen auf das Jugendmobil des Malteser Treffs, das für die aufsuchende Jugendarbeit zum Einsatz komme.

Hinsichtlich des Zustandes der Asylbewerberunterkünfte bemerkte SPD-Fraktionsvorsitzende Bockmühl, dass hier ja noch gearbeitet werde. Das Ergebnis solle zunächst abgewartet werden. Die Anschaffung eines Kinder- und Jugendmobils halte die SPD-Fraktion nicht für zielführend. Ein Jugendmobil löse nicht alle Probleme. Vielmehr müsse ein Gesamtkonzept, in dem die Tendenz zu mehr aufsuchender Jugendarbeit berücksichtigt werde, entwickelt werden.

Auch die Anschaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten alleine halte die SPD-Fraktion nicht für zielführend. Hier bedürfe es ebenfalls eines Gesamtkonzeptes.

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hinsichtlich eines eigenen Haushaltsansatzes für den Integrationsrat unterstützte Fraktionsvorsitzende Bockmühl. Auch die SPD-Fraktion habe sich bereits mehrfach für einen eigenen Etat eingesetzt.

Bürgermeister Dr. Linkens betonte nochmals, welche Vielzahl von Veranstaltungen für Kinder und Familien im Rahmen „Soziale Stadt“ und im Rahmen des Kulturprogramms durchgeführt wurden. Integration bedeute für ihn keine Differenzierung zwischen Veranstaltungen für ausländische und deutsche Mitbürger zu machen, sondern Veranstaltungen für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten.

FDP-Fraktionsvorsitzender Reiprich erinnerte sich daran, dass in einem der letzten Fachausschüsse Einigkeit darüber bestanden habe, dass es nicht nur um finanzielle Unterstützung gehe, sondern auch Hilfestellungen nicht finanzieller Natur gegeben werden müssten. Dies solle in einer der nächsten Sitzungen zum Thema gemacht werden. Er halte ebenfalls nichts davon, nach einzelnen Nationalitäten zu separieren.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellte klar, dass es seiner Fraktion in erster Linie um das Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger sowie um die Teilhabe und Partizipation des Integrationsrates gehe. Ihm sei bewusst, dass die Produkte Kultur, Jugend, Senioren, Integration zahlreiche Maßnahmen beinhalteten, die diese Ziele unterstützten. Auch die Stadtbücherei habe hier einen großen Anteil. Dies sei aber nicht das Thema. Vielmehr wolle man formal zum Ausdruck bringen, dass der Integrationsrat über eigene Mittel verfüge.

Hinsichtlich des Zustandes der Gebäude in der Peterstraße bat er Herrn I. und Techn. Beigeordneten Strauch in der nächsten Bau- und Planungsausschusssitzung aus baulicher Sicht die Maßnahmen, die bereits durchgeführt wurden sowie die 2014 noch zur Ausführung kommenden Maßnahmen und eventuell weitere Handlungsbedarfe, darzustellen.

Sodann ließ Bürgermeister Dr. Linkens über die Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abstimmen:

1. Der Antrag, 40.000,00 € für Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten in den Gebäuden Peterstraße 190 – 196 in den Haushalt einzustellen, wurde mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.
2. Der Antrag, 20.000,00 € für ein Kinder- und Jugendmobil in den Haushalt aufzunehmen, wurde mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.
3. Der Antrag, für Radverkehrsanlagen an den Rathäusern Baesweiler und Setterich sowie am its 20.000,00 € zur Verfügung zu stellen, wurde mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.
4. Der Antrag, die Haushaltsmittel für den Integrationsrat in einer Haushaltsposition zu bündeln, wurde mit 3 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat der Stadt Baesweiler mit 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen vor, die Haushaltssatzung 2014 gemäß Anlage 3 der Originalniederschrift mit Plan und Anlagen in der Form des vorliegenden Entwurfes und unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Anlage 2 der Originalniederschrift zu beschließen.

6. Beteiligungsbericht 2014

Gemäß § 117 GO NRW hat die Stadt Baesweiler einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung zu erläutern ist.

Der Bericht dient der Information der Ratsmitglieder und Einwohner.

Der Beteiligungsbericht ist entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erstellt worden und dem Entwurf der Haushaltssatzung beigelegt (Nr. 6.5 des Inhaltsverzeichnisses).

Dem Beteiligungsbericht angefügt sind ebenfalls der Jahresabschluss und der Lagebericht der ITS - Internationales Technologie- und Service-Center Baesweiler GmbH und der Baesweiler Entwicklungsgesellschaft mbH.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den Beteiligungsbericht 2014 einstimmig zur Kenntnis.

Der Beteiligungsbericht 2014 wird den Mitgliedern des Stadtrates in der Sitzung am 28.01.2014 ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Der Notdienst für die Apotheken wurde grundlegend geändert. Entstanden sei eine unmögliche Regelung, die vielfach zu Härten führe. Bürgermeister Dr. Linkens informierte, dass er dieses Thema mit dem stellvertretenden Kreisvertrauensapotheker, Herrn Dr. Kreutz, besprochen habe. Dieser habe versichert, dass die Apotheker in Baesweiler über diese Regelung, die von der Apothekerkammer Nordrhein ohne deren Beteiligung getroffen wurde, verärgert seien. Er setze alles daran, kurzfristig eine andere Regelung zu finden. Bürgermeister Dr. Linkens habe ihm angeboten, dahingehend zu unterstützen, dass seitens der Stadt mittels Bekanntmachungen, Stadtinfo, Internet und die Baesweiler App auf die bürgernahe Regelung hingewiesen werden könne.

8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es wurden keine Anfragen gestellt.

B) Nicht öffentliche Sitzung